

Das Wochenmagazin der

www.spoe.at



Aktuell

25. Juni 2010 • Nr. 25

„Österreich 2020“-Gastkommentar
vom Entwicklungsexperten Stefan Kerl



**Bundeskanzler Werner Faymann
besucht Israel und das Westjordanland**

**„Die Geschichte darf sich
nicht wiederholen!“**

Werner Faymann ist der erste Regierungschef, der Israel seit dem Vorfall mit der Gaza-Hilfsflotte einen Besuch abstattete. Bei der international viel beachteten Reise forderte der SPÖ-Vorsitzende auch die Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens. Der Bundeskanzler mahnte beim Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, dass die Lehre aus der Geschichte nur „eine Erziehung zu Toleranz und Humanität“ sein kann.

Einen weiteren Schwerpunkt dieses Heftes bildet der Beschluss des neuen ORF-Gesetzes im Nationalrat. Das öffentlich-rechtliche Unternehmen ORF kann nun notwendige Strukturreformen angehen und die Qualität des Programms und den Kulturauftrag sicherstellen. Ein Herzstück der Reform ist die Schaffung einer unabhängigen Medienbehörde. Private und nicht kommerzielle Rundfunkveranstalter werden in den Genuss erhöhter finanzieller Förderungen kommen. Durch das neue Gesetz wird der gesamte österreichische Medienstandort profitieren.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Bundeskanzler Werner Faymann auf Staatsbesuch in Israel	4
ORF-Gesetz	6
Interview mit Medienstaatssekretär Josef Ostermayer	7
„Österreich 2020“-Gastkommentar des Entwicklungsexperten Stefan Kerl	14

Schlechte Erfahrungen mit Automatismus bei gemeinsamer Obsorge

Die Gewaltschutzexpertinnen und -experten warnen, dass die Erfahrungen in Deutschland mit der automatischen gemeinsamen Obsorge im Fal-



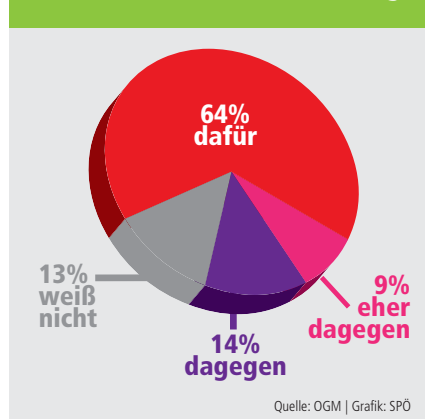
Fotolia

le häuslicher Gewalt sehr schlecht sind. Deutsche Väter erhalten nach der Scheidung die gemeinsame Obsorge sogar, wenn es zu Gewalt gekommen ist. Die Beweislast, dass es von Gewalt betroffen war, liegt dann beim Kind. „Das kann nicht in unserem Sinn sein. Es sind sich doch alle einig, dass das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen muss“, stellt SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm zur laufenden Debatte um eine automatische gemeinsame Obsorge fest. Hier sei ein Automatismus sehr kontraproduktiv. ♦

Für SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm steht fest: „Bevor es zu einer Erteilung von Obsorge- und Besuchsrechten kommt, muss das Kindeswohl geprüft werden, wenn es Hinweise auf häusliche Gewalt gibt.“

THEMEN DER WOCHE

64 Prozent für Mindestsicherung



Quelle: APA/Mercer, Grafik: SPÖ

Deutliche Mehrheit für Einführung der Mindestsicherung

In einer aktuellen OGM-Umfrage sprechen sich 64 Prozent der Befragten für die Einführung der Mindestsicherung aus. Diese wird nicht nur ein bundesweit einheitliches Mindestniveau im Kampf gegen Armut schaffen, sondern ist auch ein „Trampolin“ zurück auf den Arbeitsmarkt, da Sozialhilfeempfänger erstmals vom AMS betreut werden. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Ist die Verpflichtung zur automatischen gemeinsamen Obsorge sinnvoll?

Die ÖVP schlägt vor, dass im Falle einer Trennung beide Elternteile in jedem Fall automatisch die gemeinsame Obsorge erhalten. Eine nach strittigen Scheidungen oftmals nötige „Abkühlphase“, für die sich Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ausspricht, ist darin nicht vorgesehen. Diskutieren Sie unter www.spoe.at mit, ob eine Verpflichtung zur gemeinsamen Obsorge für das Wohl des Kindes förderlich ist.



SPÖ

SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian.

Energiekosten treffen kleine und mittlere Einkommensschichten

Für SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian steht fest: „Neue Massensteuern unter dem Deckmantel der ökologischen Steuerreform wird es mit der SPÖ nicht geben.“ Generell verlangt Katzian größte Vorsicht und Augenmaß hinsichtlich einer Ökologisierung des Steuersystems. Mit dem ÖVP-Konzept einer ökologischen Steuerreform sei der Sache nicht gedient. Wolle man tatsächlich Lenkungseffekte erzielen, müsste eine entsprechende Steuerreform im breiteren Kontext gesehen werden. „Ein Ausspielen von Ökologie und sozialer Verträglichkeit kann nicht die Lösung sein“, so Katzian. ♦

Zitat der Woche

„Die Lehre aus der Geschichte kann nur ‚eine Erziehung zu Toleranz und Humanität‘ sein.“

Bundeskanzler Werner Faymann anlässlich seines Besuches der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel

Jantzen



SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner

Lkw-Fahrer: 86-Stunden-Woche verhindert

Die EU-Parlamentarier haben sich mit großer Mehrheit gegen die Ausdehnung der Lkw-Fahrer-Arbeitszeit von 60 auf 86 Stunden pro Woche ausgesprochen. Evelyn Regner, Vize-Delegationschefin der SPÖ-EU-Abgeordneten: „Mit der heutigen Abstimmung haben wir eindeutig klargestellt, dass Verkehrssicherheit und Arbeitnehmerschutz in Europa Vorrang haben vor Wirtschaftsinteressen.“ Die Kommission soll die wiederholt bestätigte Meinung des Parlaments respektieren. Lange und unregelmäßige Arbeitszeiten gefährden die Sicherheit der Kraftfahrer und erhöhen die Unfallgefahr. ♦



Genug gebremst!

Ob Bildung, Armutsbekämpfung oder Transparenzdatenbank. Während die SPÖ klare Vorschläge auf den Tisch legt, verändern, bewegen und verbessern will, verharret die ÖVP in ihrer Blockadehaltung.

Sozialdemokraten leben von der Hoffnung, dass sie die Gesellschaft reformieren und Zukunft gestalten können. Sie wissen, dass eine Gesellschaft ohne Fähigkeit zur Reform verkümmern muss.“ Diese Worte von Willy Brandts Abschiedsrede am SPD-Parteitag 1987 gelten heute wie damals. Auch heute braucht es Reformen, Veränderung, Bewegung. Politik muss mehr als verwalten, Politik muss gestalten. Die Sozialdemokratie hatte immer den Anspruch eine Reformerpartei zu sein, die mit dem Ist-Zustand nicht zufrieden ist, die verändern, die verbessern möchte. Und genau das ist es, was den Konservativen, deren Bezeichnung sich aus dem lateinischen „conservare“ – zu Deutsch bewahren – ableitet, Angst macht. Dies wird bei drei aktuell strittigen Themen deutlich – Themen, zu denen die ÖVP statt klarer Vorschläge nur ein destruktives „Nein“ beisteuert:

Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen

Die ÖVP windet sich, hat keine klare Linie. Parteiintern gibt es immer öfter Vorstöße für eine Gemeinsame Schule z.B. von Wissenschaftsministerin Beatrix Karl. Für die ÖVP-Lehrer ein „Skandal“. Josef Pröll pfeift seine Ministerin zurück. Und das obwohl in ganz Europa alle Bildungsexperten, die Wirtschaft, die Gewerkschaft oder auch die Industrie längst die Notwendigkeit dessen erkannt haben, wofür die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten kämpft – Für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen. Und die ÖVP? Sie sagt „Nein“.

Mindestsicherung

Obwohl ÖVP-Obmann Pröll der Mindestsicherung im Regierungsübereinkommen mit seiner Unterschrift zugestimmt hat,

blockiert die Volkspartei nun ihre Einführung. Das ist nicht nur eine unfassbare Verantwortungslosigkeit gegenüber 270.000 Menschen, die auf die Mindestsicherung angewiesen sind – diese Vorgangsweise ist einer staatstragenden Partei mehr als unwürdig. Die Mindestsicherung soll ab 1. September 2010 ein bundesweit einheitliches Niveau im Kampf gegen Armut schaffen. Österreich wäre damit Pionier in der Armutsbekämpfung. In vielen – konservativ geführten Ländern – spart man in der Krise bei den Ärmsten und gefährdet damit auch die Kaufkraft. Was macht die ÖVP? Sie blockiert die Einführung der Mindestsicherung. Das fadenscheinige Argument: Missbrauch solle vermieden werden. Daher koppelt sie die Mindestsicherung an die Transparenzdatenbank. Tatsache ist aber, dass für Sozialhilfebezieher mit Einführung der Mindestsicherung strenge Kriterien gelten. Aufgrund des Datenabgleichs zwischen dem Arbeitsmarkt-Service (AMS) und den Ländern sowie der bundesweit einheitlichen Regelungen ist die Mindestsicherung sogar wesentlich missbrauchssicherer als die bisherige Sozialhilfe. Es ist an VP-Chef Pröll, zu seinem Wort zu stehen und zu beweisen, wie viel seine Unterschrift wert ist. Denn eines stand und steht für die Sozialdemokratie seit jeher fest: Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Die Banken allerdings mussten, als sich diese in einer Notlage befanden, nicht so lange auf die Einführung ihrer „Absicherung“ warten. Ihnen wurde durch das Bankenpaket rasch geholfen, ihr Bestehen wurde „gesichert“.

Transparenzdatenbank

Die SPÖ ist immer für Transparenz eingetreten, aber für Transparenz auf allen Ebenen, nicht nur bei Sozialleistungen, son-

„Dass die ÖVP die Mindestsicherung zu einem Erpressungsgegenstand gemacht hat, zeigt einmal mehr, wie sie mit den Schwächsten unserer Gesellschaft umgeht – weder christlich, noch sozial.“

dern auch z.B. im Agrarbereich, Steuerersparnissen durch Gruppenbesteuerung und Stiftungen. Ziel einer Transparenzdatenbank sollte es sein, Doppelgleisigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu erfassen und bei Bedarf zu beseitigen – das hat die ÖVP selbst immer wieder betont. Ja, es gibt einen Förderdschungel, vor allem wenn man bedenkt, dass wohlhabende Landbesitzer wie Mensdorff-Pouilly mehr Agrarförderung als Kleinbauern erhalten, die von ihrer Landwirtschaft kaum leben können. Was macht die ÖVP? Sie blockiert auch hier. Pröll will die Transparenzdatenbank jetzt plötzlich nur für den Bund umsetzen. Ohne Länder macht eine solche Datenbank aber keinen Sinn – denn über die Förderungen, die der Bund ausbezahlt, sollte Pröll als Finanzminister ohnehin einen Überblick haben. So sehr wir für Transparenz eintreten – sie ist unabhängig von der Armutsbekämpfung zu sehen. Dass die ÖVP die Mindestsicherung zu einem Erpressungsgegenstand gemacht hat, zeigt einmal mehr, wie sie mit den Schwächsten unserer Gesellschaft umgeht – weder christlich, noch sozial.

Genug gebremst! Die ÖVP muss endlich von ihrer Blockadehaltung und Nein-Sager-Mentalität Abstand nehmen.

Politik darf nicht geschehen lassen, sie muss verändern. Es ist höchste Zeit, dass dies auch die konservativen Kräfte erkennen. ♦

STAATSBESUCH

Bundeskanzler Faymann besucht Israel und das Westjordanland

Der österreichische Regierungschef traf auf seiner zweitägigen Reise zahlreiche israelische und palästinensische Spitzenpolitiker und forderte das Ende der Blockade des Gaza-Streifens.

„Es gilt, aus der Vergangenheit Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Bundeskanzler Faymann legte während seinem Aufenthalt in Israel die Position der EU in den Fragen Blockade des Gaza-Streifens, Zwei-Staaten-Lösung, Siedlungsbau und der internationalen Hilfsflotte dar. Er betonte aber auch, dass es notwendig war, genau zuzuhören, welche Positionen es zum politischen Friedensprozess gibt. Bei seinem Besuch in Israel und dem Westjordanland standen Treffen mit israelischen und palästinensischen Spitzenpolitikern am Programm. Auf israelischer Seite waren dies Premier Benjamin Netanyahu (Likud), Präsident Shimon Peres, Oppositionschefin Tzipi Livni (Kadima) sowie Außenminister Avigdor Lieberman, Justizminister Yaakov Neeman und Sozialminister Yitzhak Herzog. Weiters traf Werner Faymann zu Gesprächen mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und Ministerpräsident Salam Fayyad zusammen.

Gleich zu Beginn legte Faymann Benjamin Netanyahu und Außenminister Lieberman dar, dass man sich aus EU-Sicht eine Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens wünscht. Gleichzeitig bot Österreich an, sich im Rahmen eines EU-Engagements an den Kontrollen der für den Gaza-Streifen bestimmten Güter zu beteiligen. Eine Aufhebung der Gaza-Blockade müsse eine gleichzeitige Kontrolle nach sich ziehen. „Es darf keinen Waffenschmuggel geben“,



Werner Faymann und der Rabbiner Shmuel Rabinovitz bei der Klagemauer in Jerusalem.

stellte der österreichische Kanzler klar. Aber es gebe „größtes Interesse, dass Lebensmittel und Baumaterialien nach Gaza gebracht werden“ dürfen, andere Aktivitäten müssen aber unterbunden werden. „Alles andere hilft nicht den friedlichen Bürgern, das hilft den Extremen“, machte Faymann deutlich. Bei all den Angeboten seitens Österreich und der EU geht es darum, sich mehr für den Friedensprozess in Nahost einzusetzen, und zwar unterstützend, nicht „oberlehrerhaft“.

Untersuchungskommission ist „positiver Schritt“

Werner Faymann ist der erste Regierungschef, der Israel seit dem Vorfall mit der Gaza-Hilfsflotte einen Besuch abstattet. Seiner Visite kam auch deshalb besondere Bedeutung zu, weil Österreich noch bis Ende 2010 Mitglied im UNO-Sicherheitsrat ist. Aus österreichischer Sicht ist eine Aufklärung der Vorfälle unter internationaler Beteiligung erforderlich, legte Faymann dar, der die von Israels Regierung beschlossene Einsetzung einer

Untersuchungskommission als „positiven Schritt“ bewertet.

Neben den internationalen Gesprächen ging es bei dem Besuch auch um den bilateralen Charakter der außenpolitischen Beziehungen Österreichs. Bundeskanzler Faymann legte gleich zu Beginn seines Aufenthalts in Israel am Grab von Theodor Herzl, dem geistigen Begründer des Staates Israel, einen Kranz nieder. Nach dem Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem bekannte sich Faymann zu einem „Niemals vergessen“. Die Lehre aus der Geschichte kann nur „eine Erziehung zu Toleranz und Humanität“ sein, erklärte der österreichische Kanzler.

Am zweiten Tag seines Nahost-Aufenthalts nahm Faymann bei einem Treffen mit Holocaust-Opfern zur Vergangenheitsbewältigung und zur Lösung von Zukunftsfragen Stellung. „Es gilt, aus der Vergangenheit die Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen“, so Faymann. In Zeiten der Wirtschaftskrise gebe es die Neigung zur Radikalisierung und Suche nach Sündenböcken. „Die Geschichte darf sich nicht wiederholen“, appellierte Faymann. ♦



Gedenken an die Opfer und Kranzniederlegung in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.

FINANZMARKT

Bankenabgabe in Österreich kommt mit 1. Jänner 2011

Immer mehr EU-Länder sprechen sich für eine Bankenabgabe aus. Darum gilt es auch in Österreich mit 1. Jänner 2011 die Abgabe einzuführen, sagt Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Insgesamt können so 500 Millionen Euro eingehoben werden.



„Nun ist es an der Zeit, dass die Banken ihren gerechten Beitrag bei der Bewältigung der Krisenkosten leisten“, sagt Finanzstaatssekretär Andreas Schieder.

Nachdem sich auch Großbritannien entschieden hat, eine Bankenabgabe mit Beginn des kommenden Jahres einzuführen, zeigt sich deutlich,

dass diese Maßnahme international immer mehr Anhänger findet“, so Schieder. „Auch die britische Variante basiert auf der Bilanzsumme als Bemessungsgrundlage.“

Deshalb gelte es auch in Österreich mit 1. Jänner 2011 ein ähnliches Modell zur Berechnung heranzuziehen, um im kommenden Budget 500 Millionen aus der Bankenabgabe zu lukrieren. „Wenn Großbritannien, Deutschland und Frankreich gemeinsam erklären, dass mit deren Bankenabgaben die Banken einen angemessenen Beitrag leisten, der den Risiken entspricht, die

sie für das Finanzsystem und die Gesamtwirtschaft darstellen“, dann zeigt sich, dass erste richtige Erkenntnisse aus der Krise gezogen wurden.“

„Die Bürgerinnen und Bürger haben mit den Bankenhilfspaketen den Banken geholfen. Nun ist es an der Zeit, dass die Banken ihren gerechten Beitrag bei der Bewältigung der Krisenkosten leisten.“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

„Die Bürgerinnen und Bürger haben mit den Bankenhilfspaketen den Banken geholfen. Nun ist es an der Zeit, dass die Banken ihren gerechten Beitrag bei der Bewältigung der Krisenkosten leisten“, sagt Schieder. Der Finanzstaatssekretär betont, dass eine Bankenabgabe aber nur ein erster Baustein auf dem Weg zu einer neuen Finanzmarktarchitektur sein könne. „Wir müssen auch bei der Finanztransaktionssteuer und bei der strengen Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte Mehrheiten schaffen.“

GRUPPENSTEUER

Reform kommt nach dem Sommer

Bei der Reform der Gruppensteuer lässt die SPÖ nicht locker: „Wir wollen im Herbst eine Einschränkung der Gruppenbesteuerung erreichen“, sagt Finanzstaatssekretär Andreas Schieder.

Die Möglichkeit der Gruppensteuer gibt es seit 2005. Laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes kann ein Unternehmen seit diesem Jahr die Verluste von Tochtergesellschaften im EU-Ausland in seinem Stammland geltend machen. Schieder dazu: „Auslandsverluste sollen erst in Österreich angerechnet werden können, wenn zu 100 Prozent klar ist, dass die Verlustverwertung im entsprechenden Land ausgeschlossen ist.“ Kritisiert wird vom Finanzstaatssekretär vor allem die Firmenwert-Abschreibung. „Grundsätzlich ist

diese Vorgehensweise nur bei echter Wertminderung zulässig.“ Seiner Meinung nach darf es keine Steuergutschriften für Zukäufe im Ausland geben.

Gefahr von Betriebsabsiedlungen gering

Mit der Reform der Gruppensteuer könnte ein dreistelliger Millionenbetrag ins Budget gespült werden, so Schieder. Die Gefahr, dass durch die Reform der Gruppensteuer Betriebe absiedeln, sieht Schieder nicht. Aus Sicht des Finanzstaatssekretärs spielt



Durch die Reform der Gruppensteuer könnte ein dreistelliger Millionenbetrag lukriert werden.

das Steuerthema bei der Standortwahl ohnehin keine so große Rolle. „Dieses Thema liegt nur im mittleren Bereich. Zu den wichtigsten Punkten zählen für Unternehmen das Know-how der Mitarbeiter und die Bürokratiekosten.“

MEDIEN

Wichtige Weichens

Mit dem neuen ORF-Gesetz wurde der Grundstein für eine nachhaltig positive Entwicklung des österreichischen Medienstandortes gesetzt.

HINTERGRUND

Die Regelungen im Detail:

Gebührenrefundierung für einen starken ORF

Der ORF erhält insgesamt 160 Millionen Euro bis 2013 an Gebührenrefundierung, die an mehr Effizienz und stärkere Programmorientierung geknüpft ist.

Für größere mediale Vielfalt

Höhere Medienförderung für private und nicht kommerzielle Rundfunkveranstalter: Die Förderungen für private Rundfunkbetreiber werden bis 2013 auf 15 Millionen Euro erhöht. Die nichtkommerziellen Betreiber erhalten dann jährlich drei Millionen Euro.

Klarheit, Transparenz und EU-Konformität

Das neue ORF-Gesetz schafft klare Spielregeln und Rechtssicherheit für alle Marktteilnehmer und zieht einen Schlussstrich unter das Beihilfeverfahren der Europäischen Kommission zum ORF. Der öffentlich-rechtliche Auftrag des ORF wird präzisiert und erweitert.

Mehr Frauen für den ORF

Bei gleicher Qualifikation werden Frauen bis zu einem Prozentsatz von 45 Prozent bevorzugt behandelt.

Effiziente Aufsicht – neue Medienbehörde

Die Aufsicht über den ORF wird zukünftig im Sinne der Empfehlungen des Rechnungshofes durch eine verfassungsrechtlich unabhängig gestellte neue Medienbehörde wahrgenommen.

Filmförderung

Teil des Auftrages, der mit der Gebührenrefundierung verknüpft ist, ist die Steigerung der Filmförderung. Die bisherigen 5,9 Mio. Euro jährlich steigen jetzt auf 8 Mio. zugunsten vieler Arbeitsplätze am Oscar-Filmstandort Österreich.

Mehr österreichische Produktionen im Programm

Der ORF muss den Anteil der österreichischen Produktionen im Gegenzug für die Gebührenrefundierung kontinuierlich erhöhen.



Mit dem neuen ORF-Gesetz wird die Handlungsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks garantiert. Davon profitiert der gesamte Medienstandort Österreich.

Mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit beschloss der Nationalrat das neue ORF-Gesetz. Durch die Novelle gelingt es, höhere Qualität, mehr öffentlich-rechtliches Angebot, mehr österreichisches Programm, größere Transparenz und mehr Kontrolle sicherzustellen. Es wird dem ORF überdies ermöglicht, die geplanten Strukturreformen ohne Einschränkung der Qualität des Programmes und des Kulturauftrages vorzunehmen. Insgesamt profitiert der gesamte österreichische Medienstandort von der Novelle und einem handlungsfähigen ORF.

Unabhängige Medienbehörde wird geschaffen

Ein wesentliches Herzstück der Reform ist die Schaffung einer unabhängigen Medienbehörde, die ein Garant dafür ist, dass mit den eingesetzten Mitteln verantwortungsvoll umgegangen wird. Ebenfalls erhöht werden die Förderungen für private und nicht kommerzielle Rundfunkveranstalter. Weiters wird ein neuer Kulturkanal kommen. Das ist auch die



„Der ORF ist ein Stück Österreich, um das es sich zu kämpfen lohnt. Der ORF muss seine Aufgabe als österreichisches Leitmedium erfüllen, zukunftsfähig und handlungsfähig bleiben.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

Bedingung für die Gebührenrefundierung von 160 Millionen Euro, die einen unabhängigen und qualitativ hochwertigen Österreichischen Rundfunk sicherstellen soll. „Gerade bei einem demokratiepolitisch so wichtigen Bereich wie den Medien war es mein Ziel, eine möglichst breite Zustimmung und damit ein tragfähiges Ganzes zu erreichen. Das Gesetz ist ein großer Beitrag zu einer rot-weiß-roten Zukunft des ORF und anderer Medienunternehmen“, betonte Medienstaatssekretär Josef Ostermayer. „Mit dem heutigen Beschluss findet ein langer Weg ein gutes Ende“, stellte SPÖ-Klubobmann Josef Cap fest. „Der ORF ist ein Stück Österreich, um das es sich zu kämpfen lohnt. Der ORF muss seine Aufgabe als österreichisches Leitmedium erfüllen, zukunftsfähig und handlungsfähig bleiben“, so Cap. ♦

teuerung für den ORF

INTERVIEW

„Gesetzlicher Rahmen für eine rot-weiß-rote Zukunft des ORF“

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer im Interview mit SPÖ Aktuell über das neue ORF-Gesetz und weitere Neuerungen in der Medien-Gesetzgebung.



Zinner

SPÖ Aktuell: Herr Staatssekretär, welches Fazit ziehen Sie über das neue ORF-Gesetz? Welche Ziele konnten erreicht werden?

Josef Ostermayer: Mit dem Gesetz hat der Nationalrat die Grundlage für eine rot-weiß-rote Zukunft des ORF beschlossen. Es ist die umfangreichste Reform im Medienbereich seit neun Jahren. Insgesamt wurden acht Gesetze angepasst. Nicht nur das ORF-Gesetz wurde dabei novelliert, sondern es wurde erstmalig auch eine verfassungsrechtlich unabhängige Medienbehörde geschaffen. Wir konnten auch eine Erhöhung der im letzten Jahr geschaffenen Förderung privater Radio- und Fernseh-Unternehmen erreichen. Damit lösen wir die im Regierungsprogramm versprochene Stärkung des dualen Rundfunks ein, d.h. sowohl der öffentlich-rechtliche ORF als auch die privaten Sender werden gestärkt. Das Medienangebot für Seherinnen und Seher wird vielfältiger.

„Es ist uns sehr wichtig, den Filmstandort und damit Arbeitsplätze für Filmemacher, Schauspieler, Kameraleute, Tontechniker und viele andere zu sichern und zu schaffen.“

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer

Ein besonderer Schwerpunkt liegt bei der Förderung des österreichischen Films...

Ostermayer: Das war mir ganz besonders wichtig. Als direkte Folge des neuen Gesetzes hat der ORF das Fernseh-/Filmabkommen von bisher 5,9 Millionen Euro pro Jahr auf 8 Mio. Euro pro Jahr erhöht. Das ist eine Steigerung um 30 Prozent für vier Jahre bis zum Jahr 2013. Gleichzeitig haben wir unabhängig vom ORF-Gesetz den Fernsehfilmfonds von 7,5 auf 13,5 Millionen pro Jahr aufgestockt. Es ist uns sehr wichtig, den Filmstandort und damit Arbeitsplätze für Filmemacher, Schauspieler, Kameraleute, Tontechniker und viele andere zu sichern und zu schaffen. Mir ist im Parlament auch bewusst geworden, dass dieser Umstand für die Grünen und das BZÖ offensichtlich nicht wichtig ist, sie haben das neue ORF-Gesetz nicht unterstützt.

Was genau passiert im Zuge der Gebühren-Refundierung?

Ostermayer: Im Zuge der Gebührenrefundierung werden dem ORF Gebühren, die ihm in den letzten Jahren wegen Gebührenbefreiungen entgangen sind, ersetzt. So ist es zum Beispiel im Bereich der Telefonfirmen selbstverständlich, dass ihnen jene Einnahmen, die durch Befreiungen für ältere oder arbeitslose Menschen

entfallen, ersetzt werden. Dem ORF wurde das seit 2001 unter Schwarz-Blau versprochen, aber nie umgesetzt. Bis jetzt.

Der ORF muss dafür gewisse Bedingungen erfüllen.

Ostermayer: Als Gegenleistung für diese Rückerstattung muss der ORF nicht nur alle bisherigen Leistungen weiter erbringen – alle Fernsehkanäle, die Radiosender, die Landesstudios – sondern Leistungen ausbauen. Ein neuer Info- und Kultur- sowie ein Sport-Kanal müssen angeboten werden, die Barrierefreiheit im Programm wie z.B. die Untertitelung muss ausgebaut werden. Der ORF muss den Anteil österreichischen Programms erhöhen, das Radio-Symphonieorchester weiter erhalten, auch Rat auf Draht bleibt. Stolz bin ich darauf, dass mittelfristig mehr Frauen im ORF arbeiten werden – wir haben eine verpflichtende Frauenquote von 45 Prozent verankert.

Welches Portfolio hat die neue Medienbehörde?

Ostermayer: Die neue Medienbehörde überprüft, ob der ORF alle Bedingungen, die ich eben genannt habe, auch erfüllt. Geprüft werden die weiters vereinbarten Ziele das Unternehmen zu modernisieren und effizientere Abläufe zu schaffen. Gleichzeitig wird sich die Behörde auch um Beschwerden aller Marktteilnehmer kümmern und damit langfristig zu einem besseren Fernsehangebot für alle Seherinnen und Seher beitragen, da klare Spielregeln für alle gelten und mehr Transparenz herrschen wird. ♦

INTERVIEW

Die SPÖ fordert den konsequenten Ausbau der ÖBB-Schienenwege

Die SPÖ setzt sich weiterhin vehement für den Ausbau der österreichischen Schieneninfrastruktur ein, erklärt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter im Interview mit „SPÖ Aktuell“. Wachstum, Wohlstand und Entwicklung sind seit jeher mit großen, wichtigen Verkehrswegen verbunden, das wird auch in Zukunft nicht anders sein.



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: „Lopatka zeigt wirtschaftliche Inkompetenz.“

SPÖ Aktuell: Durch die Medienberichte der letzten Tage und Wochen entstand der Eindruck, dass einige große Bauprojekte der ÖBB gefährdet sein könnten. Teilen Sie diese Befürchtung?

Günther Kräuter: Überhaupt nicht. Allerdings stellen verantwortungslose Unkenrufer wie etwa ÖVP-Verkehrssprecher Ferdinand Maier den Koralm- und Brennertunnel in Frage. Ich fordere ÖVP-Obmann Josef Pröll auf, Maier als Verkehrssprecher abziehen, so kann es nicht weitergehen.

Auch Staatssekretär Reinhold Lopatka hat fast täglich etwas über die ÖBB zu vermelden.

Kräuter: Ein Staatssekretär einer Bundesregierung, der die Mitarbeiter des eigenen Staatsunternehmens regelmäßig be-

schimpft und das Image dieses für die Wirtschaft und die Konjunktur so wichtigen Konzerns vorsätzlich schädigt, disqualifiziert sich menschlich, und zeigt auch erschütternde wirtschaftliche Inkompetenz.

Alle Verkehrsprojekte werden derzeit evaluiert, sehen Sie darin einen Sinn?

Kräuter: Ja, Optimierungen und Verbesserungen sind immer möglich. Ich unterstütze Bundesministerin Doris Bures voll bei ihrer Zielsetzung der Realisierung aller großen Infrastrukturprojekte. Bures und das neue Management um Christian Kern haben auch die schwierige Sanierungsarbeit der Folgen der schwarz-blau-orangen Misswirtschaft, Unternehmenszerschlagung, Skandalen und Spekulationsverluste zu leisten. ♦

AGRARGEMEINSCHAFTEN

Situation ist unbefriedigend

Die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) zu den Agrargemeinschaften bezeichnet SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günter Kräuter als „nicht zufrieden stellend“.

Die Situation ist unbefriedigend, das bekommen wir auch in der Bundespolitik mit“, so Kräuter. In Tirol sorgte schon der Rohbericht des Bundesrechnungshofes für enorme Debatten. Der Rechnungshof kritisierte darin, dass seit der ersten Erkenntnis aus dem Jahr 1982 nichts geschehen ist, und forderte, dass die Gemeinden rasch die außeragrargemeinschaftlichen Einnahmen der Gemeindegutsagrargemeinschaften erhalten. Der Rechnungshof warnte davor, dass sonst der Substanzwert für die Gemeinden geschmälert wird. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Kräuter unterstützt die Rechnungshof-Kritik: „Das trifft dann alle Bürger.“ Außer dem kann es nicht sein, dass die Gemein-

den nach wie vor um ihr Recht kämpfen müssen. „Ich respektiere den Rechtsstaat und den Instanzenzug, aber wenn das so weitergeht, passiert in den nächsten 20 Jahren noch immer nichts.“

Gipfel im Parlament geplant

Kräuter will aus diesem Grund im Rahmen der Debatte über den Rechnungshofbericht einen Gipfel im Parlament initiieren: „Es benötigt einen Konsens und eine Lösung, damit in der Sache endlich etwas weitergeht.“ Als Auskunftspersonen dürften Tirols Agrarreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Anton Steixner und der langjährige Vorsitzende des Landesagrarsenats Hubert



Weingartner

Die Gemeinden sollen rasch die außeragrargemeinschaftlichen Einnahmen der Agrargemeinschaften erhalten, fordert der Rechnungshof.

Sponoring in den Rechnungshof-Ausschuss geladen werden. ♦

Sicherheit ist Kernthema der Sozialdemokratie

Im Rahmen von Österreich 2020 beschäftigte sich eine Expertenrunde mit sicherheitspolitischen Herausforderungen und potentiellen sozialdemokratischen Antworten.



Verteidigungsminister Norbert Darabos will die Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin auf „neue Beine“ stellen. Dabei soll sich das Bundesheer verstärkt auf Katastrophenschutz und Auslandseinsätze konzentrieren.

Die Kompetenz im Sicherheitsbereich liegt klar bei der SPÖ“, betonte Verteidigungsminister Norbert Darabos in seinen Ausführungen zum Thema „Sicherheit 2020“ und wies darauf hin, dass es gerade in Krisenzeiten entscheidend ist, der Bevölkerung Sicherheit zu geben. Kritik übte der Minister an Schwarz-Blau: „Die rechts-konservative Regierung unter Schüssel hat Österreich unsicherer gemacht.“ Darabos erinnerte in diesem Zusammenhang an die Streichung von über 3.000 Polizeidienststellen, unter der die Exekutive noch heute leidet. SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl betonte, dass der Staat dafür Sorge zu tragen hat, dass „Sicherheit kein Privileg von einigen wenigen ist, sondern alle Bürgerinnen und Bürger in Freiheit und Sicherheit leben können. Auch wies er auf die Herausforderungen hin, die sich durch eine veränderte Kriminalität zukünftig ergeben werden“. „Eindeutig feststellbar ist, dass sich Kriminalität internationalisiert“, so Pendl. Effektive Kriminalitätsbekämpfung ist daher nur durch verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit auf europäischer interna-

tionaler Ebene möglich. Da sich die SPÖ zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff bekennt, der weit über den Kernbereich „Innere Sicherheit“ hinausgeht, erläuterte SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits die Rolle des Sozialstaates für den Sicherheitsbereich. „Ein gut funktionierender So-

zialstaat dient der Korrektur von Schicksalen, nur er kann Ungerechtigkeiten ausgleichen“, so Csörgits. „Die Innere Sicherheit eines Landes steht in direktem Zusammenhang mit einer funktionierenden Sozialpolitik“, betonten Pendl und Csörgits.

Neue Sicherheitsdoktrin

Als „nicht mehr zeitgemäß und veraltet“ bezeichnete Darabos die – von ÖVP und FPÖ im Jahr 2001 gegen die Stimmen der SPÖ beschlossene – Sicherheitsdoktrin. Er will sie auf „neue Beine stellen“ und dabei die Prioritäten für Einsätze des österreichischen Bundesheeres auf Katastrophenschutz im Inland und Auslandseinsätze legen. „Wenn wir Krisen vor unserer Haustür eindämmen können, bedeutet das einen entscheidenden Beitrag zur inneren Sicherheit“, betonte Darabos die Notwendigkeit des österreichischen Engagements im Ausland. Auch ist man bereit, sich an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik zu beteiligen, sofern diese mit der Neutralität vereinbar ist. Von der ÖVP fordert Darabos, sich endlich von der NATO-affinen Schüssel-Plassnik-Linie zu verabschieden. ♦



„Die Innere Sicherheit eines Landes steht in direkten Zusammenhang mit einer funktionierenden Sozialpolitik“, so Sicherheitssprecher Otto Pendl und Sozialsprecherin Renate Csörgits.

Fotos: SPÖ Klub

KINDERGESUNDHEIT

Junge Menschen widmen sich mit Freude dem Thema Gesundheit

Kindergesundheit liegt Gesundheitsminister Alois Stöger ganz besonders am Herzen. Bei der Kindergesundheitswoche beantwortete er viele Fragen zu verschiedensten Gesundheitsthemen.

Ich wünsche mir, dass es in ganz Österreich bessere Schulbuffets mit einem gesünderen Speisenangebot gibt“, sagte Gesundheitsminister Alois Stöger bei der Eröffnung der Kindergesundheitswoche im Ausbildungszentrum des Wiener Roten Kreuzes. Die anwesenden Kinder nutzten die Gelegenheit und befragten den Minister zu verschiedensten Gesundheitsthemen, angefangen von seinem Lieblingsobst („Apfel“) über seine persönlichen Sport- und Ernährungsgewohnheiten bis hin zur Frage, welches Gemüse das gesündeste sei („Das, das schmeckt.“). „Wer sich schon als Kind viel bewegt und gesund ernährt, bleibt länger gesund und lebt länger“, erklärte Stöger den Kindern die Bedeutung einer gesunden Lebensweise.



Die Kindergesundheitswoche bietet Informationen und Workshops zu den Themen Ernährung, Bewegung und Prävention im Allgemeinen speziell für 8- bis 14-jährige Kinder.

Kindergesundheit liegt dem Gesundheitsminister besonders am Herzen: „Ich habe im April einen Kindergesundheitsdialog

gestartet, bei dem Maßnahmen überlegt werden, junge Menschen in ihrem Anspruch auf ein gesundes Leben zu unterstützen und die nötigen Rahmenbedingungen für eine gesunde Kindheit und Jugend zu schaffen.“ Entscheidend sei in den nächsten Jahren, die Prävention zu forcieren und „nicht nur ins Gesundwerden zu investieren, sondern ins Gesundbleiben“, so Stöger. „Auch Projekte wie die Kindergesundheitswoche tragen dazu bei, dass sich Kinder positiv und mit viel Freude dem Thema Gesundheit widmen“, so der Gesundheitsminister, der das Projekt, eine Kooperation zwischen Gesundheitsministerium und Wiener Stadtschulrat, jedes Jahr gerne unterstützt. ♦

PATIENTEN

Neue Verordnung erhöht Sicherheit und Transparenz

Gesundheitsminister Alois Stöger hat einen weiteren wichtigen Schritt für die Erhöhung der Patientensicherheit gesetzt: Ab September besteht eine Melde- und Registrierungspflicht für nicht-interventionelle Studien.



Bilderbox

Gesundheitsminister Alois Stöger: „Die neue Verordnung stellt die Patientensicherheit in den Vordergrund und ermöglicht gleichzeitig eine qualitativ hochwertige Durchführung der NIS.“

Ich habe mit der Verordnung zur Meldepflicht nicht-interventioneller Studien (NIS) einen weiteren Schritt gesetzt, um die Sicherheit von Patientinnen und Patienten zu erhöhen“, sagt Gesundheitsminister Alois Stöger. Bei NIS, ehemals Anwendungsbeobachtungen, sammeln Ärzte gegen Entgelt Beobachtungen im Zusammenhang mit der Verschreibung eines bestimmten, zugelassenen Medikaments, welche sie an die Herstellerfirmen übermitteln. Mit der neuen Verordnung werden die Verantwortlichen der Studien – in der Regel Pharmafirmen – verpflichtet, diese dem Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen (BASG) zu melden. Zusätzlich wurde die schon bisher im Ärz-

tegesetz festgeschriebene ärztliche Aufklärungspflicht in der Verordnung verankert. „Bisher gab es keine Bestimmung zur Meldung und Registrierung solcher Anwendungsbeobachtungen. Mit der Verordnung haben wir diese Lücke geschlossen, denn Transparenz und die Sicherheit des Patienten sind oberstes Gebot“, betont der Gesundheitsminister. Es gehe darum, sich einen Überblick über Studien zu für den österreichischen Markt zugelassene Medikamente zu verschaffen und diese Studien öffentlich zugänglich zu machen. „Es darf kein Anreiz für Ärzte entstehen, verstärkt Medikamente zu verschreiben, die sich in Studien befinden“, so Gesundheitsminister Stöger. ♦

Anthropologie

Mütter und Andere

Für die Soziobiologin Sarah Blaffer Hrdy liegt der Ursprung unseres sozialen Verhaltens nicht im Kampf gegen gemeinsame Feinde, sondern in der gemeinsamen Kindererziehung.

Angesichts knapper Ressourcen waren die steinzeitlichen Mütter und Väter bei der Kindererziehung auf Hilfe angewiesen. Um sich Aufmerksamkeit und Fürsorge zu sichern, entwickelten sich Menschenbäys zu wahren Stimmungsexperten, die Emotionen und Gesichtsausdrücke anderer deuten konnten. Daraus ergab sich wiederum die einzigartige Fähigkeit des Menschen zu Empathie und Kooperation. In einem grandiosen Panorama der emo-

tionalen Evolution des Menschen schildern Mütter und Andere, warum und wie sich aus der gemeinsamen Fürsorge nicht nur entscheidende neue Formen sozialen Miteinanders entwickelten, sondern gerade auch unsere einzigartige Fähigkeit, die Absichten der Menschen um uns herum „lesen“ zu können. Hrdy wirft aber auch die Frage auf, was passiert, wenn wir diese evolutionäre Errungenschaft der Empathie wieder verkümmern lassen. ♦

Gesellschaft

Zeitenschwelle

Wie viel an Geschichte bedarf die Gegenwart? Dan Diner plädiert für eine Wiedergewinnung historischer Urteilskraft.

In den letzten zwanzig Jahren hat sich unsere Wirklichkeit und mit ihr die Koordinaten der Wahrnehmung massiv verändert. Der Zusammenbruch des Kommunismus, der Siegeszug neuer Technologien, das Auseinanderdriften des Westens, Zweifel an der Moderne, die Krise des Islam, das Aufkommen bislang unbekannter Formen der Gewalt und das Weiterwirken althergebrachter Konflikte in neuer Konstellation markieren einen lang andauernden Übergang in eine

schwer einsehbare Zukunft. Dieser Wandel hat so manch vertraute Gewissheit verblasen lassen. Dan Diner sucht mittels eines Rückgriffs auf historische Deutungen, Gegenwart aus der Geschichte heraus zu verstehen. Und über allem schwebt die Frage nach den Bedingungen des Urteilens. Diner plädiert für eine Wiedergewinnung historischer Urteilskraft, um durch einen Tiefenblick in die Geschichte den Verwerfungen der Gegenwart Kontur zu geben. ♦

Sozialforschung

Gleichheit ist Glück

In jahrzehntelanger Forschung haben Wilkinson und Pickett empirische Daten gesammelt und ausgewertet, anhand derer sie den Einfluss der Ungleichheit auf eine Vielzahl sozialer Probleme untersuchen.

Die geistige Gesundheit einer Gesellschaft, Lebenserwartung, Übergewicht, Bildung, die Geburtenrate bei Minderjährigen, die Verbrechensrate und nicht zuletzt die soziale Mobilität: All diese Phänomene hängen statistisch gesehen davon ab, wie ungleich die Einkommens- und somit Chancenverteilung einer Gesellschaft ist. Ab einem gewissen Einkommensniveau ist es nicht mehr die Höhe des Durchschnitts-

einkommens, die es den Menschen besser gehen lässt, sondern die Verteilung des Einkommens. Was ist es aber genau, was sich in Gesellschaften mit relativ großer sozialer Ungleichheit so verheerend auswirkt? Der Stress der Statusangst, so die These des Autorenduos, die daher nicht für mehr Wachstum, sondern für mehr Gleichheit des Geldes und der Chancen in einer Gesellschaft plädieren. ♦

☐ Stk.


Sarah Blaffer Hrdy:
Mütter und Andere. Wie uns die Evolution zu sozialen Wesen gemacht hat.
Berlin Verlag, Berlin 2009;
480 S., 28,80 €

☐ Stk.


Dan Diner:
Zeitenschwelle. Gegenwartsfragen an die Geschichte.
Panthleon Verlag, München
2010; 272 S., 13,40 €

☐ Stk.


R. Wilkinson, K. Pickett:
Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.
Tolkemitt Verlag, Berlin 2009;
320 S., 27,20 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



STEIERMARK

LH Franz Voves auf Tour



Landeshauptmann Franz Voves machte auf seiner „Steiermark-Tour“ Station in der Südweststeiermark. Betriebsbesuche und ein Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer standen am Programm.

Die Südweststeiermark war die fünfte Station auf der „Steiermark-Tour 2010“ von Landeshauptmann Franz Voves. Erster Programmpunkt war der Besuch des Landeskrankenhauses Wagna, wo sich Landeshauptmann Voves über Zubaupläne und über laufende Projekte wie den „m@ildocor“ – die Möglichkeit, sich unverbindlich und ohne Termin über Behandlungsmethoden zu erkundigen – informierte.



Sport-Landesrat Manfred Wegscheider und Landeshauptmann Franz Voves mit steirischem Tennisheldenschatz.

Danach folgte die Eröffnung des Tenniszentrums sowie des Jugend- und Familiengästehauses in Leibnitz. „Die Top-Trainingsbedingungen vor einer einzigartigen Kulisse sind hoffentlich die Basis dafür, dass wir uns schon bald wieder über international erfolgreiche

Tennisspielerinnen und Tennisspieler aus der Steiermark freuen können“, so Landeshauptmann Voves.

Besuch beim Jägerbataillon

Anschließend erfolgte ein Besuch beim Jägerbataillon der Erzherzog Johann-Kaserne Strass gemeinsam mit Bundespräsident Heinz Fischer und Verteidigungsminister Norbert Darabos, ehe es weiterging zur Hasslacher Preding Holzindustrie GmbH. In den mehr als 100 Jahren seines Bestehens ist dieser Betrieb zu einer umfangreichen Unternehmensgruppe mit zahlreichen internationalen Verbindungen angewachsen. ♦

OBERÖSTERREICH

morgen.rot-Kongress



Rund 400 Interessierte beteiligten sich am spannenden Programm des morgen.rot-Kongresses in St. Georgen an der Gusen.



Die erste Phase des Erneuerungsprozesses der SPÖ Oberösterreich ist abgeschlossen. Rund 400 Interessierte beteiligten sich am spannenden Programm des Kongresses.

Der morgen.rot-Erneuerungsprozess soll die SPÖ Oberösterreich zu neuen Erfolgen führen. Die erste Phase des Prozes-

ses wurde am 18. und 19. Juni bei einem Kongress im Aktivpark in St. Georgen an der Gusen abgeschlossen. Rund 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen am spannenden und dichten Programm teil. Bernd Dobesberger, Leiter der Steuerungsgruppe des Reformprozesses, ließ keinen Zweifel daran, dass die politische Erneuerung der SPÖ Oberösterreich inhaltlich wie strukturell konsequent vorangetrieben wird: „Davon dürfen wir uns auch nicht abbringen lassen, wenn Wahlergebnisse und Umfragen wieder besser werden.“ Integration und Zuwanderung, Arbeit und Verteilungsgerechtigkeit, Daseinsvorsorge und Sozialstaat sind jene Bereiche, die sich im Laufe des Diskussionsprozesses



Manuela Hiesmair, Landespartei-Vorsitzende Josef Ackerl, Jakob Huber, Landesgeschäftsführer Roland Schwandner, Rebecca Kampl und SJ-Vorsitzender Michael Lindner (v.l.n.r.) sorgen für ein kräftiges morgen.rot beim Erneuerungsprozess der SPÖ Oberösterreich.

als zentrale Themen herausgestellt haben. „Dazu muss die SPÖ eigene Positionen klar formulieren und die Bevölkerung davon überzeugen. Die Parteierneuerung muss vor Ort, in den Gemeinden und Bezirken stattfinden“, so Dobesberger. ♦

WIEN

Der Hundeführschein kommt



Eine überwältigende Mehrheit der Wienerinnen und Wiener hatte sich bei der Volksbefragung für den Hundeführschein ausgesprochen. Mit 1. Juli ist ein Führschein für sogenannte Kampfhunde in Wien nun Pflicht.

Das Ergebnis war eindeutig: 89 Prozent der Wiener stimmten bei der Volksbefragung dafür, dass es für sogenannte Kampfhunde einen verpflichtenden Führschein geben soll. „Damit war der Auftrag klar“, so Umweltstadträtin Ulli Sima. Mit dem Führschein soll künftig sichergestellt werden, dass Hund und Besitzer auch in stressigen Situationen richtig miteinander umgehen. „Uns geht es um ein friedliches Miteinander von Mensch und Hund in der Großstadt. Der Hundeführschein ist ein wichtiger Beitrag dazu“ so Sima. Beim Hundeführschein müssen Hundehalter beweisen,

dass sie ihren Hund auch in schwierigen Situationen im Griff haben. Bei der Erstellung einer Liste von Hunden, für die der Führschein künftig verpflichtend ist, waren Bisskraft, Bisshäufigkeit und Anzahl der Beschwerden ausschlaggebend. „Gerade sogenannte Kampfhunde machen oft Angst, von ihnen verursachte Verletzungen sind leider oft schwerwiegend“, erklärt Sima. Diese Hunde machen zwar insgesamt nur knapp fünf Prozent aller in Wien gehaltenen Hunde aus. „Diese nicht einmal fünf Prozent sind allerdings für fast 25 Prozent aller Hundebisse verantwortlich“, so die Umweltstadträtin. Wird ein Hundehalter nach Inkrafttreten der neuen Regelung mit einem Kampfhund ohne Hundeführschein aufgegriffen, kann eine relativ hohe Verwaltungsstrafe ausgesprochen werden, in Gefahrensituationen kann der Hund auf Veranlassung der Polizei sofort und dauerhaft abgenommen werden. ♦



Mehr Infos unter:
www.tieranwalt.at

TIROL

Boom bei Wohnhaussanierungen



Bei der Wohnhaussanierung kann in Tirol weiterhin ein regelrechter Boom verzeichnet werden. Auch die Angebote im Bereich der Wohnbauförderung werden gerne in Anspruch genommen.

1.600 Ansuchen um Wohnhaussanierungen wurden in den letzten Monaten in Tirol positiv bearbeitet. Einmalzuschüsse in Höhe von insgesamt 5,6 Millionen Euro für 2.721 Wohnungen wurden gewährt und weitere 172.000 Euro für Annuitätzuschüsse vergeben. „Diese Zahlen beweisen, dass die Sanierungsoffensive gerne angenommen wird“, so Wohnbaureferent LHStv. Hannes Gschwentner. Auch im Bereich der Wohnbauförderung ist die Nachfrage groß: In den Monaten April und Mai wurden rund 35 Millionen Euro für 774 Wohnbauförderungen gewährt, daneben auch 16 Annuitätzuschüsse in Höhe von rund 47.000 Euro zugesichert.

Doch damit nicht genug: „Beim letzten Wohnbauförderungskuratorium wurde der Bau von über 200 Wohnungen durch Gemeinnützige Bauträger in den Bezirken Lienz, Landeck, Kufstein, Innsbruck-Land und Reutte beschlossen“, berichtet Gschwentner. Durch Förderungen werden in Tirol Gesamtinvestitionen von Häu-

selbauern und Projektentwicklern in Höhe von 1,2 Milliarden Euro ausgelöst. „Damit sichern wir rund 13.000 bis 15.000 Arbeitsplätze in unserem heimischen Wirtschaftsraum“, so Gschwentner, der an die Tiroler appelliert, die einkommensunabhängigen Sanierungsförderungen in Anspruch zu nehmen. ♦



Bilderbox

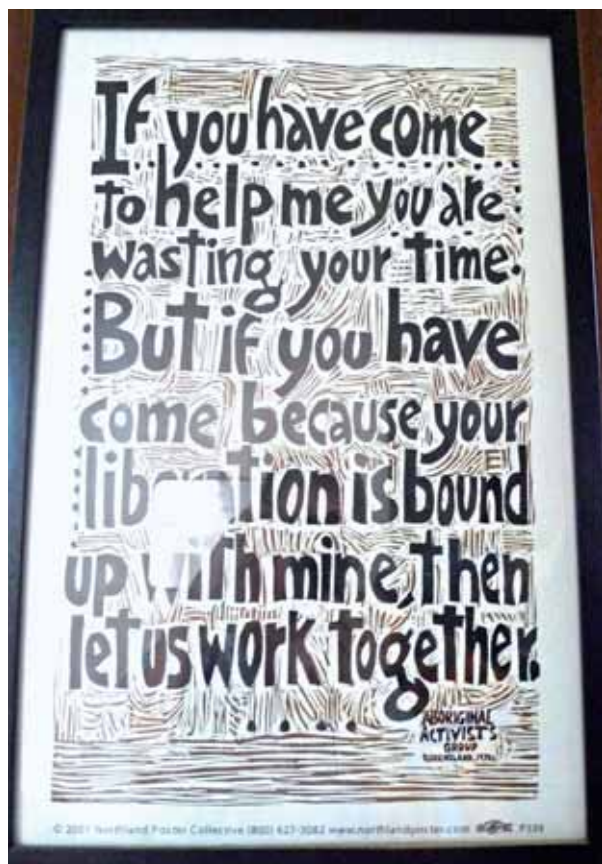
Mit Wohnbau- und Sanierungsförderungen werden in Tirol Investitionen in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro ausgelöst.



privat

Gerechtigkeit für das globale Dorf

Spätestens seit „Globalisierung“ in aller Munde ist, wird deutlich, wie eng zusammenhängend diese Welt geworden ist. Umso wichtiger ist damit auch eine gerechte Organisation dieser unserer Welt geworden.



Aus einem indischen Gewerkschaftsbüro:
„Wenn du gekommen bist, um mir zu helfen, verlierst du deine Zeit. Wenn du aber gekommen bist, weil deine Befreiung mit meiner verbunden ist – dann lass uns zusammenarbeiten.“

Wenn die Welt ein Dorf mit 100 EinwohnerInnen wäre, würden davon 50 an Unterernährung leiden, 70 wären AnalphabetInnen, 80 würden in maroden Häusern leben und 6 Personen besäßen 60 Prozent des gesamten Reichtums, während nur 40 Prozent für die restlichen 94 EinwohnerInnen bleiben würden. Nach über 50 Jahren Entwicklungszusammenarbeit ist die Welt immer noch extrem ungerecht organisiert. Die Gründe dafür sind leider allzu offensichtlich: Die Entwicklungszusammenarbeit ist zu gering – nur

ganz wenige Staaten halten sich an ihre internationalen Verpflichtungen. Und die Entwicklungszusammenarbeit allein kann auch nicht funktionieren, wenn das ganze System gegen sie arbeitet. Solange Handelsbeziehungen ungerecht organisiert sind, solange Agrar- und Exportförderungen Industrieländer bevorzugen und Entwicklungsländer diskriminieren, solange die Konzerne unsere Bekleidung, unsere Computer und unser Spielzeug unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und Löhnen in Asien herstellen lassen, kann Entwicklungszusammenarbeit keine grundlegende Veränderung bringen.

Es ist daher die wahrscheinlich größte Herausforderung der österreichischen und internationalen Sozialdemokratie, diese Welt im Sinne internationaler Solidarität gerecht zu organisieren: Der faire Handel muss zum Standard, nicht zur Ausnahmeerscheinung des Welt Handels werden und faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne weltweit müssen zu einer Selbstverständlichkeit werden.

Dazu kann Österreich ganz konkret in den nächsten fünf bis zehn Jahren seinen Beitrag durch Erfüllung der internationalen Verpflichtungen, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2015 zu erhöhen, leisten. Damit einhergehen muss öffentliche Aufklärung, dass diese internationale Solidarität ebenso dem Wohlstand und der Sicherheit Europas und

„Entwicklungspolitik endet nicht an den Grenzen Österreichs. Sie muss auch bei uns zu Hause stattfinden.“

Österreichs zugute kommt. Und damit einhergehen muss ein sinnvoller Einsatz dieser Mittel. EZA-Mittel müssen schwerpunktmäßig im Sinne einer sozialdemokratischen Prägung für die Organisation der Zivilgesellschaft und die Selbsthilfe gegen soziale Benachteiligung eingesetzt werden. Der Kampf für eine gerechte Landreform in den Ländern des Südens kann nicht von uns geführt werden, er muss vor Ort geführt werden und wir müssen ihn unterstützen. Ebenso muss der Kampf für faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne von den Gewerkschaften vor Ort geführt werden – er braucht aber unsere Unterstützung im Rahmen der EZA und der internationalen Solidaritätsarbeit!

Entwicklungspolitik endet aber nicht an den Grenzen Österreichs. Sie muss auch bei uns stattfinden: Durch die Förderung fairer Handelsbeziehungen, die Durchsetzung von Unternehmensverantwortung für Arbeits- und Umweltbedingungen in ihrer Produktionskette, durch den Einkauf von Fairtrade-Produkten im täglichen Leben und in den Organisationen, durch sozial faire öffentliche Beschaffung und durch entwicklungspolitische Bildungs- und Kampagnenarbeit müssen wir täglich bei uns zu Hause für eine gerechtere Welt sorgen!

Stefan Kerl ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik der SPÖ und arbeitet für die entwicklungspolitische Organisation Südwind.

www.entwicklungspolitik.spoe.at

TERMINKALENDER

Dienstag, 29. 6.

Vortrag

In der Reihe „Democracy Reloaded“ findet ein Vortrag zum Thema „Die demokratische Gefahr“ statt, in dem der mehrfach ausgezeichnete Schriftsteller Robert Menasse über die Gefährdung der Demokratie in Europa spricht. „Populismus zerstört Europa. Die deutschen Ressentiments gegen Griechenland sind nur ein Beispiel: Nicht der Brüsseler Zentralismus, sondern die politische Rücksichtnahme auf nationalistische Volkstimmungen in den Mitgliedsstaaten gefährdet die EU“, so die Ansicht des in Wien lebenden Schriftstellers, dessen beide letzte Werke „Ich kann jeder sagen. Erzählungen vom Ende der Nachkriegsordnung“ und „Die permanente Revolution der Begriffe. Vorträge zur Kritik der Abklärung“ im Suhrkamp Verlag erschienen sind. Die Einleitung und Moderation übernimmt die Kuratorin der Reihe, die Philosophin und freie Autorin Isolde Charim. Information und Anmeldung: Tel.: 01 318826020 oder

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum

Armbrustergasse 15

1190 Wien

Donnerstag, 1. 7.

Sommerfest I

Die Wirtschaftskammer Wien lädt zum Sommerfest der Wiener Gastronomie und Hotellerie, im Zuge dessen u.a. der „Goldene Schanie 2010“ verliehen wird. Die Wiener Schanigärten tragen aktiv zur Steigerung der Lebensqualität der Stadt bei. Deshalb wer-

den jedes Jahr die schönsten Gast- und Schanigärten Wiens in sechs Kategorien prämiert. In einer eigenen Beratungsecke kann man sich außerdem rund um das Thema „Tabakgesetz“ (Stichtag 1. Juli) informieren. Daneben bietet das Sommerfest Gelegenheit zum Networking und Feiern.

Anmeldung: Tel.: 01 514504107 oder

tourismus@wkw.at

Beginn: 18.30 Uhr

Orangerie Schönbrunn

Schönbrunnerstraße 47

1130 Wien

Freitag, 2. 7.

Sommerfest II

Zum Sommerfest der Salzburger SPÖ laden Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und ihr Team. Neben kulinarischen Köstlichkeiten und erfrischenden Getränken wird als Show-act des Abends der Elvis-Intepret Rusty mit seiner „Las Vegas Show“ erwartet. Für alle Fußballinteressierten gibt es die Möglichkeit, die Viertelfinals Spiele der Fußball-WM in Südafrika am Großbildschirm live zu sehen. Alle Freunde der SPÖ Salzburg sind herzlich eingeladen. Um Anmeldung wird gebeten: Tel.: 0662 4245000 oder

salzburg@spoe.at

Beginn: 16.00 Uhr

Hotel Josef Brunauer

Elisabethstraße 45a

5020 Salzburg

Freitag, 2. 7.

Preisverleihung

In einer Kooperationsveranstaltung von SPÖ-Bildung, SPÖ-Parlamentsklub und Renner-

Institut wird der Bruno Kreisky Preis für das politische Buch 2009 verliehen. Der Hauptpreis geht dieses Jahr an Erhard Stackl für sein Buch „1989. Sturz der Diktaturen“, in dem er der Frage nachgeht, wer eigentlich für die historische Wende verantwortlich war, bei der 1989 die Diktaturen stürzten und Millionen Menschen erstmals demokratische Freiheit erleben konnten. Stackl zeigt, wie viele bis heute wenig bekannte Hauptdarsteller es damals gab, die mit Mut und Intelligenz die Diktatoren ins Wanken brachten. Elisabeth Röhrlich erhält den Anerkennungspreis für ihr Werk über den Namensgeber dieses Buch-Preises: „Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm.“ Zur Begrüßung spricht Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, als Festredner wird Altkanzler Alfred Gusenbauer erwartet. Anmeldung: post@renner-institut.at

Beginn: 18.00 Uhr

Bruno-Kreisky-Forum

Armbrustergasse 15

1190 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Picturedesk, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.facebook.com/Sozialdemokratie

Unterstütze die SPÖ im Web 2.0

Das Web 2.0 ist in aller Munde. Gerade wenn es darum geht, Inhalte rasch und ungefiltert zu kommunizieren, gewinnen Kommunikationsplattformen wie Facebook & Co immer mehr an Bedeutung. Ein großes starkes Netzwerk auf diesen Plattformen ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders wichtig. Auf www.facebook.com/Sozialdemokratie findest du unseren Facebook-Auftritt. Mit einem Klick auf den „Gefällt mir“-Button kannst du nicht nur unsere Seite unterstützen, son-

dern erhältst tagespolitische Informationen noch schneller. Natürlich kannst du dich auf unserer Facebook-Seite auch aktiv einbringen, über aktuelle politische Themen diskutieren und dich mit über 6.500 Unterstützern austauschen. Natürlich kannst du auch deine Facebook-Freunde dazu einladen: Klicke dazu einfach auf unserer Facebook-Seite unter dem SPÖ-Logo auf „Freunden vorschlagen“ und wähle die Freunde aus, die du auf unsere Seite einladen möchtest.





Mehr Fairness

Bildungsministerin Claudia Schmied und die Musicalstars Lukas Perman und Marjan Shaki (beide „Tanz der Vampire“) machen sich für mehr Fairness an Österreichs Schulen stark. Im Innenhof des Museumsquartiers in Wien ließen sie zusammen mit den Gewinnern des „Fairness Award 2010“ weiße Luftballons steigen.



Mehr Ausbildung

Sozialminister Rudolf Hundstorfer besuchte kürzlich die überbetriebliche Lehrwerkstätte „ZOBAeck“. Hier rüsten sich Jugendliche für ihren späteren Job im Gastgewerbe.



Mehr Gerechtigkeit

Die Bankenabgabe wird EU-weit eingeführt. Das haben die EU-Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel in Brüssel beschlossen. Bundeskanzler Werner Faymann nahm für Österreich an den Verhandlungen teil. Hier im Bild unterhält er sich mit Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker und Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel.



Mehr Sicherheit

Hindernisparcours, Verkehrssicherheitsspiele und der Besuch von Helmi: Das waren die Highlights des „Radsicherheitstags 2010“. Ins Leben gerufen wurde er von Verkehrsministerin Doris Bures. Auch Othmar Thann, Geschäftsführer des Kuratoriums für Verkehrssicherheit, war zur Veranstaltung gekommen.